

Nebräer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Zauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 30 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrä — Bankverein Arien.

Nr. 2

Sonnabend, den 4. Januar 1930

43. Jahrgang

Vor der Eröffnung im Haag.

Der Aufsicht der Verhandlungen.

Im Haag, 3. Januar.

Die Vorbereitungen für die zweite Haager Konferenz sind von der niederländischen Regierung jetzt beendet worden. Die Konferenz wird, wie nunmehr endgültig feststeht, am Freitag nachmittags um 5 Uhr durch ihren Präsidenten, den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, der auch die Arbeiten der Anknüpfung leitete, mit einer Plenarsitzung eröffnet werden.

Die Konferenz wird nach den bisherigen Plänen zunächst in Volltagungen abgehalten. Die im August vorgenommene Teilung in einen politischen und einen wirtschaftlichen Ausschuss soll diesmal vermieden werden. Die Konferenz wird, wie auch im August, im Binnenhof tagen.

Einige Abordnungen sind zum Teil bereits eingetroffen. So traf auch schon die französische Abordnung mit Tardieu und Briand im gleichen Zug die belgische mit Jaspar und Simons ein. Die englische Abordnung, die diesmal von Graham geleitet wird, wird Freitag morgen hier erwartet. Bundeskanzler Schuber traf mit der österreichischen Abordnung, die unter ihm den Finanzminister, den Seifenadel vom Ansbacher Amt und den Ministerialrat Schüler umschließt, am Abend im Haag ein. Graf Beilstein, die japanische Abordnung und die Abordnung der Kleinen Entente-Mächte werden erst Freitag früh erwartet.

Zur gleichen Zeit wird auch die deutsche Abordnung im Haag ankommen. Sie ist in Hotel Central Wohnung genommen.

Der Generalsekretär der Konferenz ist, ebenso wie im August, der Engländer Sir Maurice Hankey, der sich bereits im Haag befindet. Die Beteiligung der internationalen Presse scheint diesmal noch größer zu sein als auf der ersten Konferenz.

Auf dieser Konferenz sind insgesamt 16 Mächte vertreten, und zwar außer den einundzwanzig sechs Hauptmächten noch Österreich, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, Portugal und Griechenland.

Die Möglichkeit von Sanktionen?

Was geschieht, wenn Deutschland nicht zahlt?

London, 3. Januar.

Die britischen Hauptvertreter für die zweite Haager Konferenz, Staatskanzler Snowden und Handelsminister Goschen, sind am Donnerstagabend von London nach dem Haag gereist, wo der größte Teil der britischen Abordnung bereits eingetroffen ist.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ kommt auf die in einigen Kreisen bestehende Befürchtung zurück, daß die zweite Haager Konferenz gefährdet werden könne durch:

die Auslösung der Sanktionsfrage durch die französische Abordnung.

Eine solche Krise, so meint der Korrespondent, sei unwahrscheinlich, da nunmehr zwischen den beteiligten Mächten ein Uebereinkommen erzielt worden ist, wie bei einem möglichen deutschen Zahlungsausfall vorzugehen werden sollte. Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Gläubigermächten über die deutsche Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsunfähigkeit würden danach in Uebereinkunft mit den entsprechenden Bestimmungen des Damesplanes der schiedsgerichtlichen Entscheidung überlassen bleiben.

Einige der alliierten und deutschen Juristen, die vor etwa 14 Tagen in Brüssel getagt und den Wortlaut einer Reihe von Entschlossungen für die zweite Haager Konferenz vorbereitet hätten, hätten sich auch mit dieser Frage befaßt. Der von ihnen in Aussicht genommene internationale Gerichtshof für die Schlichtung bezügl. der Streitigkeiten würde nicht mit solcher Meinungsverschiedenheiten zu rechnen haben, sondern vielmehr darüber hinaus auf alle Meinungsverschiedenheiten, die sich entweder zwischen einer oder mehreren der Gläubiger- und Schuldnermächte oder zwischen einer oder mehreren solcher Mächte und der neuen Bank für internationale Zahlungen ergeben könnten.

Die Sanktionsfrage könnte danach erst entstehen, wenn dieses schiedsgerichtliche Ausschlusverfahren völlig erschöpft ist und Deutschland belästigen lassen würde, eine Entscheidung des internationalen Gerichts unannehmlich zu lassen, was in jedem Falle eine höchst unangenehme Einschneidung ist.

Die deutsch-französische Vorberhandlung.

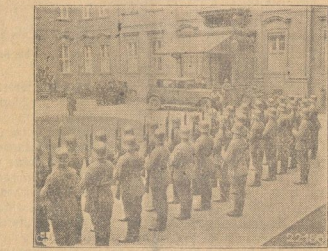
Berlin, 3. Januar.

Zur Vorberhandlung über die Vorbereitungen über die Sanktionsfrage zwischen dem deutschen Reichskommissar von Hoeh und Außenminister Briand wird von zuständigen Berliner Stelle mitgeteilt, daß es sich hier um einen Gedankenaustausch handelte, wie er vor jeder internationalen Konferenz stattfindet.

Was die Frage der Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts ohne Rechtsmittel über alle Streit-

ungsverhältnisse angeht, die zwischen den Schuldner- und Gläubigermächten bezug der Internationalen Bank entstehen könnten, so liegt die Einrichtung eines derartigen Gerichts durchaus in der Richtung der bisher von Deutschland vertretenen Politik.

Einer Blättermeldung zufolge soll in Paris u. a. auch über die Frage des Zahlungstermins verhandelt worden sein. In Deutschland ist es bisher immer der Wunsch gewesen, daß derartige Zahlungen am Beginn jeden Monats geleistet werden, und es besteht für Deutschland nach Auffassung unterrichteter Berliner Kreise kein Anlaß, von diesem Wunsch abzugehen.



Reichspräsident beim Reichspräsidenten. Die Ehrenkompanie des Berliner Wachregiments im Hof des Präsidentenpalais bei der Ehrenbegleitung während der Aufreise der Republik.

Nur vor Staatsberäuhauptern

Reichskanzler und militärische Ehrenbegleitungen.

Berlin, 3. Januar.

In einem Berliner Blatt ist die Tatfache gerichtet worden, daß anlässlich der Aufreise zum Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten die Ehrenkompanie dem deutschen Reichskanzler keine Ehrenbegleitung geleistet habe.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Bestimmungen, nach denen sich die Reichswache bei Ehrenbegleitungen zu richten hat, festgelegt in der Staatsdienstvorschrift vom 24. April 1925, die damals von dem Reichswachminister Dr. Simons erlassen wurde. Die den diplomatischen Vertretern fremder Mächte erlaubene Ehrenbegleitung gilt diesen als den Vertretern ihrer Staatsberäuhauptern. Eine Verwendung der oben genannten Dienstvorschrift ist nicht beabsichtigt.

Polnische Fördererhulen in der Grenzmark.

Die Anfänge einer polnischen Irredenta.

Wlarschitz, 3. Januar.

Nachdem die Polen im letzten Jahre im Kreise Rom die Minderbererhulen eingerichtet haben, gehen sie jetzt daran, für die schulentlassene polnische Jugend nach deutschen Wäulern eine Art Fortbildungsschule, genannt „Förderbererhulen“, einzurichten. Märdere hierfür sind bereits für alle Dörfe, in denen polnische Minderbererhulen bestehen, bei der Regierung gestellt worden.

Alle Bererhulen, angefangen von den Schulentlassenen bederlei Geschlechts, bis in das höchste Alter, können an den Veranstaltungender Förderbererhulen teilnehmen. Die Lehrpläne liegen bereits fertig vor und umfassen das gesamte Gebiet der Jugendpflege, Gelingen, Sport, Turnen, Wanderungen, alle Fächer der Fortbildungsschule, polnische Sprache und Literatur usw. Die Ausbildung von Reichsungeräten und Beschäftigungsmitteln ist bereits erfolgt. Die Folge der Einrichtung dieser polnischen Förderbererhulen dürfte eine weitere Entfremdung der polnischen Bevölkerungsteile im Grenzgebiet von der deutschen Volksgemeinschaft sein. Die Wäulst der polnischen Irredenta, das gesamte Polenland zu einer national-polnischen Kulturgemeinschaft zusammenzuführen, dürfe hierdurch für zu Tage treten. Reichweil man nach das starke Streben der Polen nach Völderwerb hinzu, so dürfe nicht zu viel gelangt sein, wenn man in dieser intendierten und gleichzeitigen Arbeit der polnischen Irredenta die Anfänge einer polnischen Irredenta in den Grenzgebieten sieht.

Aus dem In- und Auslande.

Reichskanzler an Staatssekretär Dr. Joel.

Berlin, 3. Januar. Der Reichskanzler hat dem Staatssekretär Dr. Joel aus Anlaß seiner jährlichen Tätigkeits- als Staatssekretär im Reichspräsidentenministerium ein Glückwünschreiben gerichtet.

Berliner Bererhulungen.

Berlin, 3. Januar. Der letzte Tag des Jahres 1929 ergab für die Bererhulsmittel der B.V.G. nachfolgende Berer-

berungsziffern: Straßenbahn 2 960 000 Personen, Omnibus 934 000 Personen, U-Bahn 991 000 Personen, zusammen: 4 885 000 Personen. Am 1. Januar 1930 wurden befördert: Straßenbahn 1 420 000 Personen, Omnibus 534 000 Personen, U-Bahn 439 000 Personen, zusammen: 2 393 000 Personen.

Am Den kirchlichen Frieden.

Paris, 3. Januar. In der Abendausgabe der „Königlichen Anzeiger“ nimmt der Bischof von Paris die Angelegenheiten des kirchlichen Friedens in Paris auf. In einem Artikel zu den Verhandlungen zwischen den evangelischen Kirchen in Preußen Stellung. Er schreibt u. a. wie weit die Verhandlungen zwischen Protestanten und den evangelischen Kirchen jetzt fortgeschritten seien, entziehe sich seiner Kenntnis. Zudem falls die Angelegenheiten im Interesse des kirchlichen Friedens auf ihren baldigen, die evangelische Kirche zu freieidenden Abbruch kämen und würde je nachdem auch zu positiver Förderung dieses Friedenswertes beitragen.

Verzeihung und Krankenkasse.

Saarbrücken, 3. Januar. Seit Monaten liegen Anträge der Verzeihungsgesellschaft gegenüber den Krankenkassen zur Erhöhung ihrer Beiträge vor. Die Verzeihungsgesellschaft beantragt u. a. auch den Umrechnungsfaktor: 1 Verzeihung = 6 Franken. Die Krankenkasse liegt gegenüber den Einwendungen der Krankenkassen durch ihren Vertreter erklären, daß sie eine weitere Verzeihung der Verhandlungen ablehnen müsse, da ab Verzeihung durch Verzeihung andere Maßnahmen ergriffen werden sollen. Für die Saarbrücker Kasse bedeutet die Förderung der Verzeihung eine Honorarverhöhung um 60 u. F.

Einigkeit zwischen Frankreich und Belgien.

Brüssel, 3. Januar. Der belgische Ministerpräsident Jaspar ist von seiner Reise aus Paris zurückgekehrt, wo er eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und Außenminister Briand hatte. Wie in amtlichen belgischen Regierungskreisen verlautet, ist eine vollständige Einigkeit in der französischen und belgischen Anlaß betreffend den Poyngeplan und Organisation der B.V.G. erreicht worden.

Belgische Abreise Willibalds.

Warschau, 3. Januar. Willibald, der als Kriegsminister an der belgischen Regierung des neuen Kabinetts persönlich teilgenommen hat, ist am Samstagabend ganz unerwartet nach Kemica im Czarnogorzgebiet abgereist, wo sich seine Familie seit einiger Zeit zur Ruhe aufhält. In der Begleitung des Wäulstals befinden sich zwei Obersten und ein Major aus seiner engeren Umgebung.

Die „Sünderungsgalition“ wird fortgesetzt.

Moskau, 3. Januar. Die Kontrollkommission und die Anwesenheit von Anwesenheit hat fünf neue Kommissionen gebildet, die auf die Durchführung der auf der Konferenzgebildeten Zentralauschusses der russischen kommunistischen Partei angetragenen Entschlossungen zu achten haben. Diese Kommissionen, die unbehelligte Vollmachten erhalten haben, sollen in erster Linie eine weitgehende „Sünderung“ der Verhörer der Anwesenheiten, technischen Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Institute vornehmen.

Die rote Armee erhält Orden.

Moskau, 3. Januar. Das Präsidium des Volkskongresses der Sowjetunion hat zur Ehrung der russischen Gebiete im Fernen Osten im August 1929 gebildeten Herberhulenen roten Armee für ihre Verdienste um den Schutz dieses Gebietes den Orden der roten Fahne verliehen. Wie weiter gemeldet wird, wird auch die Oberbefehlshaber der russischen Truppen, Wäulst, den Orden der roten Fahne erhalten.

Umständerung der Ränding-Regierung.

Belting, 3. Januar. Nach einer Werbung der „China Daily Mail“ sind zwischen Bristoff Gong und Jenkinsons Verhandlungen über die Umänderung der chinesischen Nationalregierung eingeleitet worden. Nach dem Bristoff soll die Leitung der Innen- und Außenpolitik übernehmen, während Jenkinsons den Oberbefehl über die chinesischen Streitkräfte erhalte, der auch vom Präsidenten der chinesischen Republik ausgeübt werden solle. Die Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen.

Kleine politische Meldungen.

Die Normalarbeitsordnung für den Ruhrbergbau gekündigt. Die vier Arbeitgeberverbände haben die seit dem Jahre 1921 in Kraft befindliche Normalarbeitsordnung für den Ruhrbergbau zum 31. März 1930 gekündigt.

Der Bericht des Reichsfinanzministers. Der Reichsfinanzminister berichtete in der Sitzung des Reichskabinetts über den angestrichelten Stand des Rechnungshaushaltes 1929 und gab einen Bericht über die Gestaltung des Haushalts 1930.

Reimo de Riera zurückgekehrt? Wie aus Sendungen an der portugiesischen Grenze gemeldet wird, soll der portugiesische Diktator Reimo de Riera dem König seinen Rücktritt und den Einsatz abgeben haben. König Alfons habe sich keine Entscheidung vorbehalten.

Antonsentritt der russischen Direktoren bei der chinesischen Eisenbahn. Der sowjetische Direktor der chinesischen Ostbahn, Ruchin, und sein Stellvertreter Denikow, haben sich Amt angetreten. Wie die von den chinesischen Behörden erlassenen Anweisungen angeht, sollen die Arbeit wieder aufgenommen werden.



Ein geheimnisvoller Fall.

Geheimrat Becker bleibt verschwunden.

Am 26. Berlin, 2. Januar. Trotz ununterbrochener Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem verschwundenen Geheimrat und Konrad Becker aus der Wielandstraße in Friedenau sind alle Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben. Am letzten Sonntag mittig gegen 11.15 Uhr ging Geheimrat Becker aus dem Ausgangspunkt nach Westend am nach Hause zu fahren. Er hatte die Schlüssel gegen 15.30 Uhr wieder im Amt zu sein, erschien aber weder in seiner Wohnung noch im Amt. Die Familie des 62-jährigen Geheimrates Becker entließ sich erst in der folgenden Nacht, die Polizei zu benachrichtigen und fragte alle Krankenblätter nach ihm ab in der Annahme, daß er durch einen Herzschlag oder einen Verkehrsunfall ums Leben gekommen sein könnte. Die ganzen Verhältnisse des Verbleibens waren so, daß auf einem Selbstmord nicht der geringste Anlaß vorliegen dürfte.

Masernepidemie im Lager der Ruffenstädtchen.

Das Flüchtlingslager Hammerstein bei Schneidemühl wird von einer heftigen Masernepidemie heimgehebt. Die Krankheit begann bei allen unter gleichen Erscheinungen. Bisher sind 20 Kinder Opfer der Krankheit geworden. In dem Lager Hammerstein sind etwa 400 zufällige Flüchtlinge untergebracht, deren Gesundheitszustand nach der schwierigen Reise nicht der beste war. Besonders waren die Kinder, etwa 1800 bis 1900 an der Zahl, als sie nach Deutschland kamen, zum Teil sehr geschwächt und schwach erkrankt. Diese Kinder waren als im Lager Masern ausbrachen, besonders nach und nach ebenfalls erkrankten und so ist in einer Reihe von Familien die Krankheit ausgebreitet, die Zahl von Todesopfern forderte. Es sind fast ausnahmslos Kinder im Alter bis zu vier Jahren betroffen worden. Aber das gesamte Lager Hammerstein ist Quarantäne erklährt worden. Nur Personen mit Ausweis dürfen das Lager betreten.

Keine Chronik.

Am Sonntagmorgen wurde eine Ausfahrt unternommen. In wägen Ausritten kam es auf einem Sportplatz in Marzelle, auf dem eine Wopereianstellung stattfand. Das Publikum war mit der Haltung der Wopere nicht einverstanden, es begann plötzlich zu toben und Schüsse und Wände zu zerlegen. Der Wopering wurde vollständig zerstört. Die wütenden Teilnehmer wurden durch die Wächter in Brand zu setzen. Nur der zufälligen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, in letzter Minute größeres Unheil zu verhindern.

Am 26. Januar wurde ein deutscher Dampfer, nach einer Bombardierung aus Porto (Argon) ist an Bord des deutschen Motorschiffes „Rio Bravo“ Feuer ausgebrochen. Die „Rio Bravo“, die sich auf dem Wege nach Kanal befindet, ist ein Vollgüter- und Fracht-Dampfer von 5000 Tonnen Größe und verläuft der Henschburger Dampfstraßenverkehrs-gesellschaft. Sie ist von Hamburg nach Vera Cruz unterwegs.

Am 26. Januar in der polnischen Garnindustrie. Als ein Lohndienst getrieben ist, ist in der polnischen Garnindustrie ein Streik ausgebrochen, der bereits sämtliche Fabriken in Lubo, Włocławek, Inzardow und Kalisz mit insgesamt 5000 Arbeitern umfaßt. Auf einer großen Versammlung, an der 1500 Personen teilnahmen, wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeiterzeitung beim Streikzeitungs in ganz Polen zu einem Kampftageblatt anzubahnen.

Am 26. Januar in japanischen Meer. In der Nähe von Sagami wälte ein heftiger Sturm. Die Schiffverbindungen zwischen Sagami und Japan sind seit vier Tagen unterbrochen. Nach einer Fundmeldung aus Sagami werden neun Fischerboote vermisst, die wahrscheinlich im Sturm untergegangen sind.

Die Vorführung der Witzdelegation zwischen England und Deutschland. Das englische Parlament kündigt an, daß die Witzdelegation zwischen England und Deutschland am Dienstag nächster Woche aufgenommen werden wird. Der Dienst wird zwischen London und Berlin eingerichtet werden. Nach beiden Seiten müssen die zur Überbringung geeigneten Bilder der Post gesandt werden. Als normale Arbeitszeit ist die Zeit von 7 bis 20 Uhr in Aussicht genommen. Nebe mit von Bildern, Zeichnungen, Photographien, Drucken oder Photographien hergeleitet werden. Die Benutzung der Post der Leiter als Schreibmaschinen- schrift ist, wird vom Postministerium nicht empfohlen.

Die Seife spezialisierten in Kopenhagen verhaftet. Es gelang der Kopenhagener Polizei, eine weiterverzeigte Speiseöl- und Speiseöl-Vertriebsfirma zu durchsuchen. Infolge der Verhaftung wurden insgesamt verhaftet. Gleichzeitig wurden etwa 1000 Liter Alkohol beschlagnahmt, die an verschiedene Restaurants vertrieben werden sollten. Man glaubt, daß einer der Verhafteten eine ganze Fabrik zur Herstellung von Spirituosen betreibt, und redet weiter damit, daß die Angelegenheit ein recht großes Ausmaß annehmen wird.

Die Neuregelung des Verkehrs in Bonn. Der 1. Januar hat den Romern eine einschneidende Erneuerung gebracht. Aus dem Zentrum der Stadt sind sämtliche Straßenbahnen verbannt und durch große Autobusse ersetzt worden. Die Straßenbahnen bleiben auf die Vorstädte und die äußeren Stadtteile beschränkt, die sie frohdenfalls durchfahren und mit der Eingangs verbleiben, die das Stadtbild umfließen. Der Verkehr des Stadtzentrums wird lediglich durch Autobusse bewältigt. Auf die Straßenbahnen und Autolinien neue Nummern führen, zum großen Teil neue Straßen beschreiben und neue Haltestellen erhalten haben, herrigte unter dem Publikum eine große Verwirrungsperiode. Alles wurde hierher und da hin getrieben, zum Glück ist nach Wiederkehr die alte Fahrweise abgeändert worden.

Die Regulierung der Schwarzen Elster. Bis jetzt 20 Kilometer fertiggestellt. — Für das begonnene Jahr stehen noch 75 Kilometer zu bewältigen. Die Regulierung der Schwarzen Elster konnte bis zum Ende vorigen Jahres fast vollständig fertiggestellt werden. Für das begonnene Jahr bleiben somit noch 75 Kilometer zur Durchsichtigung zu bringen. Infolge der zahlreichen Anträge ist der Lauf auf rund 27,5 Kilometer befristet worden. Bei den Regulierungsarbeiten waren insgesamt 87.000 Kubikmeter Erde zu bewegen, von denen bereits 610.000 Kubikmeter ausgehoben worden konnten.

Das neue Jahr wird somit die völlige Fertigstellung der Regulierung bringen und dadurch der großen Gefahr der Überschwemmung der Schwarzen Elster endgültig ein Ziel setzen.

Berliner Brief.

Berlin in Not. — Der abgestellte Kredit. — Die Geldfrage bei den Banken. — Falsche Neugier. — Zu viel Großzügigkeit. — Das Schöpfen aus dem Wellen. — Und Sparjamkeit ist tot. — Sparjamkeit war möglich.

Nun weiß es jeder, wie arm Berlin ist. Heimlich, still und leise wollte es einen Auslandscredit nehmen, um laufende Ausgaben zu decken und vor allem, um glücklich über den 1. Januar zu kommen. Falsch anzufragen, schadet aber vertritt den Standpunkt, es ist nicht zulässig, daß die Kommunen so viel im Ausland pimpern, deshalb wehrte er entschieden ab und verweigerte seine Genehmigung zu dem beabsichtigten Auslandscredit. Lange hat man verhandelt, aber der Direktor über das deutsche Geld blieb fest. Schließlich — alle Mittel sind ebenfalls vorhanden — heftend ein-springen. Der Kredit wird nicht 8%, sondern 9% Prozent kosten. Die deutschen Banken werden Sicherheiten fordern und erhalten und sie werden im Ausland Ausschau halten, um dort auf Grund dieser Sicherheiten Geld aufzutreiben. Ist etwas durch die Verlegung des Auslandscredits erreicht? Nein, denn wir verfuhr auf alle Fälle.

Nur die Frage ist berechtigt: Darf es soweit kommen, daß Berlin erst im letzten Augenblick an seinen Dalles dachte und so wenig vorjagte? Freilich, der Stadtmann-merer Dr. Karding hat das getan, was der Reichsmann-minister auch hat. Berlin hat ein neues Budget, das nicht rechtzeitig erachtet, was Berlin bis zum 1. Januar einnimmt und was es auszugeben hat? Gewiss, so groß die Zahlen auch sind, der oberste Geldmann der Stadt hat schon die Möglichkeit, ein lautes Bild zu zeichnen. Müste Berlin so in die Pässe kommen? Nein! Es hat sich in Laufe der letzten Jahre Verursachungen geleistet, die nicht angebracht waren. Man hat große Pläne begonnen, ohne zu überlegen, ob sie auch bis zum Schluss finanziert sind. Viele lächerliche Pläne sind in der Mitte abgebrochen, weil kein Geld zum Weiterbau da ist. Abgebrochene Bantzen aber sind ein Schaden, denn das unveränderte Kapital zu einem Zeitpunkt nicht mehr vorliegt, wenn er Bild und Wetter angelegt ist. Berlin hat immer über seine schlaueste Wirtschaftsweise geklagt. Wer aber klagt nicht? Die Landwirte klagen und die Städter klagen, und weil alles immer und höher, also glaubt man nicht so leicht an das Gefährliche. Man hat auch die Kommuni-trabener des Berliner Oberbürgermeisters nicht ge-nommen, sondern gemeint: Was hat, er will größere Zuschüsse vom Staat. Man konnte auch die Klagen nicht ernst nehmen; denn jeden Tag mußte man ja lesen: Berlin hat neues Terrain gekauft, Berlin hat eine neue Siedlung an der Berliner See geschaffen, Berlin hat eine neue Siedlung gekauft, Berlin hat neue Freizeitanlagen an Schulen und Krankenhäuser, Berlin hat viele Sport- und Spielplätze, Berlin war immer reich. Immer gingen neue Pläne um, und doch sollte kein Geld da sein? Es ist, hört man jetzt mit Grauen, tatsächlich nichts da.

Könnte Berlin sparen? Sehr viel und immer wieder. Schon die Einkommen der Gläubiger hätten hingereicht, es zu einer wohlhabendsten und gut fundierten Stadt zu machen. Muß die Stadt die mehr als zwei Millionen für die Stadtpflege opfern? Weshalb überhaupt dieser Luxus? Zwei Opeernhalten genügen schließlich für Berlin und Herr Böß, dem man nachsagt, er hätte nie verstanden, sich so recht in Position zu setzen und einen guten Namen zu machen, steht es besonders, Spiel- und Sportplätze einzuweisen. Eine Weisheit er folgte der anderen. Herr Böß hielt die Rede und veränderte jedesmal: Wir können nicht genug Spiel- und Sportplätze haben. Er würde nicht erlauben, überall Spiel- und Sportplätze zu schaffen, wo freies Terrain vorhanden ist. Er würde sich dafür einsetzen, daß immer Geld für Spiel- und Sportplätze vorhanden wäre. Wenn hat ihn bei der Feier beklagt, dann aber den Schöpfer der Spiel- und Sportplätze vorgehen. Man hat sogar die Sportplätze vorgehen. Es gibt heute in viele in Berlin, wo die Gärten über Stadlan gebaut, es kostet Millionen und belästigt ohne zwei Jahre. Auf diesen großen und kostspieligen Sportplatz, bei dessen Weite Herr Böß glänzte, hat es nur eine große Veranstaltung in zwei Jahre gegeben, nämlich die Einweihung. Das spricht wohl für den, hier ist ein falscher Weg beschritten worden. Die Kinder müssen ihre Spielplätze haben, die Kinder brauchen auch etwas Grün im Sommer. Aber alles mit Necken, immer nach dem Geldebeutel gesehen, dann bringe es auch sehr gut, und die Stadt hätte Meerson und brauchte nicht Herrn Schacht um so weiter zu bitten und von der Hand in den Mund zu leben und gute Pläne begraben und Bauten abzu-tesen.

Die Stadt braucht nicht die Tarife für die künstlichen Verkehrsmitel zu erhöhen, sie braucht nicht den Strom und das Gas zu verteuern. Diese Verteuerung muß von der Gemagistrat wenig beibehalten werden. Man wäre auch ohne diese Tarifserhöhung ausgekommen, wenn nicht immer der große Zug bei allen Gedanken und Plänen bemerkbar gewesen wäre. Man überlege, daß in einem Jahre mehr als fünf Millionen für den Bau der Sport- und Spielplätze ausgegeben wurden. Die Hälfte hätte genügt. Und die Erhöhung der Tarife wäre nicht notwendig gewesen.

Es ist nur gut, daß die Städtekommission, die unter Leitung des Oberbürgermeisters nach America fuhr, nach dem Schicksalstand nicht mehr zu Wort kommt und ihre Erfahrungen nicht ausbreiten kann, sonst hätten wir neue Beispiele geglaubt. Wir erleben, alles nach amerika-nischen Muster, ohne Berücksichtigung dessen, daß wir arm, America reich ist. Pläne waren wie Brombeeren reich ge-wesen. Sie taugten gottlos nicht auf, und dadurch spart Berlin schon und hat nur die kostspieligen Reisekosten der großen Kommission herauskommen. Schließlich stellt man sich ein, daß auch die Wirtschaft Berlin mehr zehren muß. Kommt diese Erkenntnis, dann hat der entscheidende Reicht des Reichsbankpräsidenten wenigstens einen Zweck ge-habt.

Ein betrübliches Kapitel, das man anfangen muß. In-dessen: In der Provinz wird man überhört auch für diese erste Seite der Notizen, die in jeder Hinsicht. Es ist nicht richtig, immer nur die lächerlichen Seiten der Hauptstädte zu lesen und von pittoresken Szenen zu berichten. Man muß auch einmal klar werden über die wirtschaftliche Not, in die eine Großstadt geraten kann, und muß erkennen, wie leichtsinnig sogar Kommunen heute verwohlt werden.

Bekanntmachung.

Feuerzöglerbeiträge für die Städtefeuerzöglerbeiträge für 1930.

Die Beitragsausführer für das Jahr 1930 werden den Versicherungsnehmern in den nächsten Tagen zugehelt werden. Die ausgerechneten Beitragsumschläge sind nach Zustellung des Beitragsausführers umgeben an die darin angegebene Geschäftsstelle zu zahlen; nach Ablauf eines Monats wird angenommen, daß kostenpflichtige Abholung gewünscht wird.

Nebra, den 2. Januar 1930.

Der Magistrat. S. S.: Weig

Statt Karten!
Für die uns anlässlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.
Gertrud Flade
Hermann Günther

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit berechneten Geschenke und Gratulationen danken herzlichst
Georg Schwarz und Frau
Marie geb. Thiele.

Stadt-Theater Neuß. Hof
Sonntag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Revolution der Jugend.
Herrn:
Abenteurer im Wild-Westen
Es laßt freundlich ein Borgwardt.



Sein natürlicher Instinkt
Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen
In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Essen
Tonzilla-Lombomb
Bismarck
Heißer
Bronchitis/katarrh
In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Grög-Gläser
empfehlen
R. Barthel

Einen Schinken und eine Speckseite hat abzugeben Feldstr. 18, pfr

Die Grüne Post
sowie alle anderen Zeitschriften liefert, auf Wunsch frei ins Haus
Buchhandlung Walter Scharf
Drucksachen
liefert aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen
Buchdruckerei Wilh. Sauer

Nebrauer Anzeiger

Alltägliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.30 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köthlen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthlen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthlen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stabsparcasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 2

Sonnabend, den 4. Januar 1930

43. Jahrgang

Vor der Gründung im Haag.

Der Aufmarsch der Abordnungen.
Haag, 3. Januar.
Die Vorbereitungen für die zweite Haager Konferenz sind von der niederländischen Regierung jetzt beendet worden. Die Konferenz wird, wie nunmehr endgültig feststeht, am Freitag nachmittags um 5 Uhr durch ihren Präsidenten, den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, der auch die Vorarbeiten der Anknüpfung leitete, mit einer Eröffnung eröffnet werden.
Die Konferenz wird nach den bisherigen Plänen zunächst in Volltagungen abgehalten. Die im August vorgenommene Teilung in einen politischen und einen wirtschaftlichen Ausschuss soll diesmal vermieden werden. Die Konferenz wird, wie auch im August, im Binnenhof tagen.
Einige Abordnungen sind zum Teil bereits eingetroffen. So traf auch schon die französische Abordnung mit Tardieu und Briand. Im gleichen Zug die belgische mit Jaspar und Symansin. Die englische Abordnung, die diesmal von Graham Hoadkin, dem britischen Außenminister, hier erwartet. Bundeskanzler Schuber traf mit der österreichischen Abordnung, die außer ihn den Finanzminister, den Sektionschef vom Auswärtigen Amt und den Ministerialrat Schüller umfasst, am Abend im Haag ein. Graf Weissen, die spanische Abordnung und die Dänische mit dem Reichsaussenminister werden erst Freitag früh erwartet. Zur gleichen Zeit wird auch die deutsche Abordnung im Zug ankommen, die in Hotel Central Wohnung nehmen wird.
Der Generalsekretär der Konferenz ist, ebenso wie im August, der Engländer Sir Maurice Hankey, der sich bereits im Haag befindet. Die Beteiligung der internationalen Presse scheint diesmal noch größer zu sein als auf der ersten Konferenz.
Auf dieser Konferenz sind insgesamt 16 Mächte vertreten, und zwar außer den einundneunzig sechs Großmächten nach Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, die Schweiz, Estland, Letten, Portugal und Griechenland.

Die Möglichkeit von Sanktionen?

Was geschieht, wenn Deutschland nicht zahlt?

London, 3. Januar.
Die belgischen Hauptvertreter für die zweite Haager Konferenz, Schatzminister Snoobden und Handelsminister Grahsm, sind am Donnerstag Abend von London nach dem Haag e' gereist, wo der größte Teil der belgischen Abordnung bereits eingetroffen ist.
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ kommt auf die in einigen Kreisen bestehende Befürchtung zurück, daß die zweite Haager Konferenz gefährdet werden könne durch die Anknüpfung der französischen Abordnung.

Eine solche Kritik, so meint der Korrespondent, ist unwahrscheinlich, da nunmehr zwischen den beteiligten Mächten ein Übereinkommen erzielt worden ist, wie bei einem möglichen deutschen Zahlungsvorgang vorgegangen werden sollte. Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Schuldverpflichteten über die deutsche Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsmöglichkeit würden danach in Konferenzsitzungen mit den empfindenden Bestimmungen des Dawesplans der schiedsgerichtlichen Entscheidung überlassen bleiben.
Einige der alliierten und deutschen Juristen, die vor etwa 14 Tagen in Brüssel getagt und den Wortlaut einer Reihe von Entschuldigungen für die zweite Haager Konferenz vorbereitet hätten, hätten sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Der von ihnen in Aussicht genommene internationale Gerichtshof für die Entscheidung derartiger Streitigkeiten würde nicht nur solche Meinungsverschiedenheiten zu regeln haben, sondern vielmehr darüber hinaus auch alle Meinungsverschiedenheiten, die sich entweder zwischen einer oder mehreren der Gläubiger- und Schuldnermächte oder zwischen einer oder mehreren solcher Mächte und der neuen Bank für internationale Zahlungen ergeben könnten.
Die Sanktionsfrage könne danach erst entstehen, wenn dieses schiedsgerichtliche Untersuchungsverfahren völlig erschöpft ist und Deutschland beschließen würde, eine Entscheidung des internationalen Gerichts unbeschadet zu lassen, was in jedem Falle eine höchst unwahrscheinliche Annahme ist.

Die deutsch-französischen Vorverhandlungen.

Berlin, 3. Januar.
Zu der Pariser Meldung über die Vorverhandlungen über die Sanktionsfrage zwischen dem deutschen Botschafter von Hoehj und Außenminister Briand wird von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt, daß es sich hier um einen Gedankenaustausch handelte, wie er vor jeder internationalen Konferenz laufig ist.

Was die Frage der Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts ohne Rechtsmittelmöglichkeiten über alle Streit-

ungsangelegenheiten angeht, die zwischen den Schuldner- und Gläubigermächten bzw. der Internationalen Bank entstehen könnten, so liegt die Einrichtung eines derartigen Gerichts durchaus in der Richtung der bisher von Deutschland beobachteten Politik.

Einer Wittermeldung zufolge soll in Paris a. a. auch über die Frage des Zahlungstermins verhandelt worden sein. In Deutschland ist es sicher immer Brauch gewesen, daß derartige Zahlungen am Vorken jeden Monats geschehen und es besteht für Deutschland nach Auffassung unterrichteter Berliner Kreise kein Anlaß, von diesem Brauch abzugehen.



Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.
Die Ehrenkompanie des Berliner Wachregiments im Hof des Präsidentenpalais bei der Ehrenbegabung während der Aufnahme der Polakoffen.

Nur vor Staatsoberhäuptern...

Reichskanzler und militärische Ehrenbegabungen.
Berlin, 3. Januar.

In einem Berliner Blatt ist die Tatsache gerätet worden, daß anlässlich der Aufnahme zum Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten die Ehrenkompanie dem deutschen Reichskanzler keine Ehrenbegabung geleistet habe.
Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Bestimmungen, nach denen sich die Reichswehr bei Ehrenbegabungen zu richten hat, festgelegt in der Stabsorts-Dienstvorschrift vom 24. April 1925, die damals von dem Reichswehrminister Dr. Eimons erlassen wurde. Die den diplomatischen Vertretern fremder Mächte erlaubende Ehrenbegabung gilt daher als den Vertretern ihrer Staatsoberhäupter. Eine Verneinerung der oben genannten Dienstvorschrift ist nicht beabsichtigt.

Polnische Förderer in der Grenzmark.

Die Anfänge einer polnischen Irredenta.
Weleitz, 3. Januar.

Nachdem die Polen im letzten Jahre im Kreise Romit die Minderheitschulen eingerichtet haben, gehen sie jetzt daran, für die schulentsatzpolnische Jugend nach deutschen Wäldern eine Art Fortbildungsschule, genannt „Förderkolleg“, einzurichten. Bezüge hierfür sind bereits für alle Teile, in denen polnische Minderheitschulen bestehen, bei der Regierung gestellt worden.
Alle Personen, angefangen von den Schulentlassenen beiderlei Geschlechts, bis in das höchste Alter, können an den Veranstaltungen der Förderkolleg teilnehmen. Die Lehrpläne liegen bereits fertig vor und umfassen das gesamte Gebiet der Jugendpflege, Bildung, Sport, Turnen, Wandern, usw. Die Fächer der Fortbildungsschule, polnische Sprache und Literatur usw. Die Befreiung von Bundessteuer und Beförderungsmitteln ist bereits erfolgt. Die Folge der Einrichtung dieser polnischen Förderkolleg dürfte eine weitere Entfremdung der polnischen Bevölkerungsteile im Grenzgebiet von der deutschen Volksgemeinschaft sein. Die Wäld der polnischen Minderheit, das gesamte Polentum zu einer national-polnischen Kulturgemeinschaft zusammenzuführen, dürfte hierdurch klar zu Tage treten. Nechneht man noch das starke Streben der Polen nach Landwerb hinzu, so dürfte nicht zu viel gesagt sein, wenn man in dieser intensiven und zielbewussten Arbeit der polnischen Irredenta die Anfänge einer polnischen Irredenta in den Grenzgebieten sieht.

Aus dem In- und Auslande.

Reichsfinanzminister als Staatssekretär Dr. Zol.
Berlin, 3. Januar. Der Reichsfinanzminister hat dem Staatssekretär Dr. Zol als Vizepräsident seiner reichspräsidentlichen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichspräsidentenamt ein Glüchwünschreiben gesandt.

Berliner Verkehrsabgaben.
Berlin, 3. Januar. Der letzte Tag des Jahres 1929 ergab für die Verkehrsabgaben der RVM. nachfolgende Beträge:

Bezugsziffern: Straßenbahn 2 960 000 Personen, Omnibus 934 000 Personen, U-Bahn 991 000 Personen, zusammen: 4 885 000 Personen. Am 1. Januar 1930 wurden befördert: Straßenbahn 1 420 000 Personen, Omnibus 534 000 Personen, U-Bahn 439 000 Personen, zusammen: 2 393 000 Personen.

Um den kirchlichen Frieden.

Köln, 3. Januar. An der Ideenabgabe der „Katholischen Volkszeitung“ nimmt der Abgeordnete des Preussischen Landtages Dr. Höp (Zentrum), in einem Artikel zu den Staatsverträgen mit den evangelischen Kirchen in Preußen Stellung. Er schreibt u. a. wie weit die Verhandlungen zwischen Preußen und den evangelischen Kirchen zurzeit fortgeschritten seien, entziehe sich seiner Kenntnis. Jedemfalls lege das Zentrum im Interesse des konfessionellen Friedens auf ihren baldigen, die evangelische Kirche zu freibestimmenden Beschluß größten Wert und würde je nachdem auch zu positiver Förderung dieses Friedenswertes bereit sein.

Verzehrliste und Krankenkasse.

Saarbrücken, 3. Januar. Seit Monaten liegen Anträge der Metzervereinigung gegenüber den Krankenkassen um Erhöhung ihrer Beiträge vor. Die Krankenkasse beanprucht u. a. auch den Umrechnungsfaktor: Reichsmark = 6 Franken. Die Metzervereinigung hat gegenüber den Einmündungen der Krankenkasse durch ihren Vertreter erklärt, daß sie eine weitere Beeinträchtigung der Verhandlungen ablehnen müsse, da ab Neujahr keine der Metzervereinigung andere Maßnahmen ergriffen werden sollen. Für die Saarbrücker Rasse bedeutet die Forderung der Krankenkasse eine Honorarerhöhung um 60 v. H.

Eingetrigt zwischen Frankreich und Belgien.

Brüssel, 3. Januar. Der belgische Ministerpräsident Jaspar hat von seiner Reise aus Paris zurückgekehrt, wo er eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und Außenminister Briand hatte. Wie in amtlichen belgischen Regierungskreisen verlautet, ist eine vollständige Einigkeit in der französischen und belgischen Ansicht betreffend den Youngplan und Organisation der B.S. erzielt worden.

Rüstliche Wertscheffung.

Berlin, 3. Januar. Bülthoff, der als Kriegsinhaber an der feierlichen Vereidigung des neuen Kabinetts persönlich teilgenommen hat, ist am Silvesterabend ganz unerwartet nach Krynka im Lattaberggebiet abgereist, wo sich seine Familie seit einiger Zeit zur Ruhe aufhält. In der Begleitung des Marschalls befinden sich zwei Obersten und ein Major aus seiner engeren Umgebung.

Die deutsche Irredenta.

Alten und die Kriegsinhaber an der feierlichen Vereidigung des neuen Kabinetts persönlich teilgenommen hat, ist am Silvesterabend ganz unerwartet nach Krynka im Lattaberggebiet abgereist, wo sich seine Familie seit einiger Zeit zur Ruhe aufhält. In der Begleitung des Marschalls befinden sich zwei Obersten und ein Major aus seiner engeren Umgebung.
Der Reichspräsident hat dem Reichsfinanzminister eine Glückwünschreiben geschickt.
Der Reichsfinanzminister hat dem Staatssekretär Dr. Zol als Vizepräsident seiner reichspräsidentlichen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichspräsidentenamt ein Glückwünschreiben gesandt.
Der Reichspräsident hat dem Reichsfinanzminister eine Glückwünschreiben geschickt.
Der Reichsfinanzminister hat dem Staatssekretär Dr. Zol als Vizepräsident seiner reichspräsidentlichen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichspräsidentenamt ein Glückwünschreiben gesandt.
Der Reichspräsident hat dem Reichsfinanzminister eine Glückwünschreiben geschickt.
Der Reichsfinanzminister hat dem Staatssekretär Dr. Zol als Vizepräsident seiner reichspräsidentlichen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichspräsidentenamt ein Glückwünschreiben gesandt.
Der Reichspräsident hat dem Reichsfinanzminister eine Glückwünschreiben geschickt.
Der Reichsfinanzminister hat dem Staatssekretär Dr. Zol als Vizepräsident seiner reichspräsidentlichen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichspräsidentenamt ein Glückwünschreiben gesandt.